

**Das Volksblatt**  
erschint jeden Sonntag  
nachmittags  
**Bezugspreis**  
betragt 10 Pf. pro 100 Exemplare  
70 Pf. oder 10 Mark monatlich  
10 Mark vierteljahrsweise  
10 Mark halbjahrsweise  
10 Mark jahrlich

**Die Neue Welt**  
wichtigste sozialdemokratische  
Zeitschrift  
erschint monatlich 10 Pf.

**Schreibleitung:**  
Halle 44, Krenzschloß 1046  
Telephon: 12-1  
12-1



**Angewandte Sozialpolitik**  
erschint monatlich 10 Pf.  
10 Mark halbjahrsweise  
10 Mark jahrlich

**Angewandte Sozialpolitik**  
erschint monatlich 10 Pf.  
10 Mark halbjahrsweise  
10 Mark jahrlich

**Sozialdemokratisches Organ**

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

**Deutsche Heeresberichte.**

**Großes Hauptquartier, 29. Oktober 1916. (W. Z. B.)**  
Weltlicher Kriegskampfablauf.  
Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Nach hartem Feuer zwischen Guedenecourt und Lesbois sind einwirkende Angriffe der Engländer wurden größtenteils durch unsere Artilleriewirkung niederschlagen; wo sie zur Durchdringung kamen, wurden sie verfrüht abgewiesen, dabei sind zwei Panzerkraftwagen durch Vulkantfeuer zerstört worden. Später brangen östlich von Lesbois zwei feindliche Panzernagen in unseren vorderen Graben ein; der wird noch gekämpft.  
Seeresgruppe Kronprinz. Nur der Artilleriekampf erreichte auf dem Oisefer der Mann zeitweilig beträchtliche Stärke.  
Deutscher Kriegskampfablauf.  
Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Fast die ganze St. Omer-Linie blieben die Russen unter lebhaftem Feuer, das westlich von Luc größte Festigkeit annahm. Ein aus dem Waldgebiet östlich von Selow erschießender russischer Angriff brach in unserem Sperrfeuer zusammen.  
Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Karl. An der Front von Siebenbürgen nichts Neues. Südlich des Tomeser Passes ist im Angriff Jugoslawen; trotz ständigen feindlichen Widerstandes sind in Richtung auf Campung und nach weiter westlich Fortschritte gemacht worden.  
Kalkan Kriegskampfablauf.  
Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Madensen. Die Lage hat sich nicht geändert.  
Mazedonische Front. Südlich von Kenali und im Gerna-Bogen sind feindliche Angriffe blutig gescheitert.

**Großes Hauptquartier, 30. Oktober 1916. (W. Z. B.)**  
Weltlicher Kriegskampfablauf.  
Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Auf vielen Stellen der Front nördlich der Somme lag und frühzeitig erwidertes feindliches Feuer. Bei einem Angriff aus der Linie Esbois - B. v. v. a. l. gelang es dem Gegner, seine Eindringstöße in unseren vorderen Graben östlich Lesbois nach Süden in geringe Ausdehnung zu weichen, an allen anderen Punkten, an welchen er durch unser Sperrfeuer hindurch vorwärts kam, wurde er blutig abgewiesen. Auf dem Südwest der Somme wurden das Gebiet La Motteville und die sich von dort nach Süden hinziehenden französischen Stellungen in feindlichen Angriff durch das aus Briten und Strandburgern bestehende Infanterie-Regiment Nr. 359 gestört, dem die durch Besatzungslieger vortrefflich unterstützte Artillerie wirksamste Vorgehenshilfe leistete. 412 Gefangene, darunter 15 Offiziere, sind eingebracht.  
Seeresgruppe Kronprinz. An der Nordfront von Verdun hielt der Feindstand an.

**Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.** Ein russischer Maschinen-, durch stärksten Munitionseinsatz vorbereitete, brach westlich von Rostom und bald darauf auch östlich von Selow gegen unsere Stellungen vor. Beide Angriffe scheiterten im Abwehrfeuer unter heftigen Verlusten.  
Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Karl. In der Waldparaphen und dem südlich anschließenden ungarisch-rumänischen Grenzgebiete herrschte, abgesehen von Artilleriekämpfen, bei regnerischem Wetter Ruhe. Südlich des Joten-Zarm-Passes wurden Erfolge hanneröcher und nachdenklicher und deutschen Artillerie, mehrere zehner vererbte rumänische Höhenstellungen im Sturm genommen. Von den letzten Kämpfen in dieser Gegend sind 18 Offiziere und über 700 Mann zurückgeführt worden.  
Südwestlich des Sarub. Passes haben die Rumänen eine unserer Seitenkolonnen zurückgebracht.  
Kalkan Kriegskampfablauf.  
Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Madensen. In der Nord-Dobrudscha haben unsere verlassenen Abteilungen in Fühlung mit russischer Infanterie und Kavallerie. Mazedonische Front. Nach harter Artillerieworbereitung griffen getrennt mehrmals serbische und französische Truppen an der Gerna, zunächst in schmalen, dann in breiteren Abschnitten, die deutschen und bulgarischen Stellungen an; im Sperrfeuer, nordöstlich von Beljeica durch Gegenangriffe die Angriffe vollkommen; ebenso verblüht blieben Vorstöße des Feindes bei Kenali und Gradesnica.

**Der bulgarische Generalkampfablauf.**  
Sofia, 28. Oktober. Rumänische Front: An der Küste des Schwarzen Meeres Ruhe. In der Dobrudscha fortgesetzte Verfolgung des Feindes. In neue Abteilungen stellen überall ist, daß der Feind über die Küste in die Umdeutung nach den Bombenbränden bei Garpole, Beala, Vlasica und Tulfaa flieht. Die Städte bei Sarjova wurde am Morgen des 28. Oktober zerstört. Unsere vorgeschobenen Abteilungen erreichten die Linie Durovo-Gegend südlich Dobrodol. Im Laufe der letzten Tage machten wir über 80 Gefangene und erbeuteten 77 Kanonen, 5 Munitionskisten und viele Wagen. Jüngst der Donau hellenweise Feuerfeuer. Wir besetzen eine Insel östlich von Silistra.  
Die Flucht der russisch-rumänischen Armee in der Dobrudscha geht nach ungarischen Mitteilungen so häufig vor sich, daß die Linie gar nicht feststellbar ist, wo sich gegenwärtig die Russen und Rumänen befinden. Die in zwei Teile geteilten feindlichen Truppen suchen in Braila und den östlich Tulcea bis Nafzagan gelegenen Orten ihren Zuflucht. Nach den einwirkenden Berichten verlor der Feind richtige Mengen Proviant und Heimgüter.  
Ein französischer General Oberbefehlshaber. Nach einer Notiz des Matin hat General Berthelot die obere Kommandogewalt über die rumänische Seeresleitung erhalten.

**Ein Tag Volksgericht!**

**Empörung im Reichstage über „Schuchhaft“ u. Belagerungszustand. Die Konsequenzen.**

Am Sonnabend hat der Reichstag durch den Mund der Sozialdemokraten Bericht über die Zustände gehalten, in die wir unter Militärarbitrar und Zensur gekommen sind. Der Bericht darüber wirkt so, daß jede Ergänzung überflüssig ist. Die Frage ist nur, was bedeuten diese Vorgänge für die Zukunft — und was nun weiter! Da ist zunächst beachtlich, was der rechte Flügel unserer Partei dazu sagt. Die Stämpferische Parlamentskorrespondenz, die bisher unentwegt für freies Durchhalten, für Kreditbewilligung und für Unterzeichnung des Reichsfanglers eingetreten ist, muß jetzt über die deutschen Zustände und die Frage: was nun, folgendes schreiben:

Wenn es noch eines Beweises dafür bedürft hätte, daß während der langen Dauer dieses Krieges harte Veränderungen im Denken und Empfinden des deutschen Volkes vor sich gegangen sind, so hätte die Reichstagsdebatte vom Sonnabend diesen Beweis erbracht. Szenen, wie sie die Volksvertretung an diesem Tage erlebt hat, wären noch vor wenigen Monaten undenkbar gewesen. In der inneren Reichspolitik ist der Punkt erreicht, an dem, mit Bezug auf Frankreich, die Quantität in die Qualität umschlägt. Die Mehrheit des Reichstages hat die Zustimmung zu einem Grad erreicht, bei dem sich die längst eingetretenen Veränderungen im Selenzustand des Volkes nicht mehr verbergen lassen. Und so hat man es erlebt, daß nach der Enthüllung des Genossen Dittmann von der Sozialdemokratie ein heftiger Sturm der Erregung durch das deutsche Volk über die Reichstagsdebatte über den Reichstag ausging, und daß selbst die Reformer der gemäßigten Parteien — die Nationalliberalen, die Demokraten — dem Zentrum — dem unglücklichen Vertreter der Regierung, Herrn Helfferich, mit heftigen Worten und scharfgezielten Beschuldigungen entgegentraten. Was Genosse Dittmann aus dem mündlichen Bericht der Reichstagsdebatte zu erzählen hatte, war in der Tat haarsträubend. Mit der Hebräerart „Krieg ist Krieg!“ kommt man jetzt nicht mehr dagegen auf. Ebenso wenig gegen die geradezu unfaßbaren Dinge, die der eifässliche Zentrumsmann dazu vorbrachte. Solche Ausführungen hätten manchen vielleicht einem System verziehen, das 1913 sei. Aber zwei Jahre dieses Systems, mehr als zwei Jahre, das hält kein Mensch aus! Kein Mensch wird sich auch einreden lassen, daß die Abscheulichkeiten, die da gesehen sind, zu den mündlichen Kriegsnotwendigkeiten gehören. Nein, sie sind nur Zeichen jenes Wahnsinns, jenes uneingedämmten Machtwahns, jener rassistischen Staatsgewinnung, die über den Kopf der Zivilisierten hinweg in vielen Gebieten des Deutschen Reiches die Herrschaft führt. Ein zivilisiertes Volk hält es nicht aus, daß das Recht der persönlichen Freiheit in so schamlosster Weise mißachtet wird, wie das in zahlreichen Fällen geschehen ist und immer wieder geschieht. Der Tag, der diese Zustände aus Licht brachte, war kein Ehrentag für jene, die sie herbeiführten, er war aber ein Ehrentag für das deutsche Volk, das sich diese Zustände nicht mehr gefallen lassen will.

lungszustandes, sondern nur seine „Reform“ wollten. Das heißt nicht, daß man tausendmal Male, daß in den Grundfragen der Reichspolitik das gesamte Bürgerumgefallen gegen die Sozialdemokratie steht. Das bleibt immer die bedeutendste Tatsache und die wichtigste Tatsache, zu der sich die Sozialdemokratie stellen und auf die alle Parteien eine Antwort in ihrer praktischen Politik finden muß. Auch die Feindesführer einer Umkehrung an den bürgerlich-kapitalistischen Reichstag werden, sobald man auf Grundfragen steht, zurückgewiesen, weshalb die Sozialdemokratie nicht von ihrer eigenen, selbständigen und konsequenten sozialistischen Reichspolitik abweichen darf. Wer sie anders sieht, befandigt sich an den Lebensinteressen der Arbeiterklasse!

**Ausführlicher Verhandlungsbericht.**

60. Sitzung, Sonnabend, den 28. Oktober, nachmittags 3 Uhr.  
Abg. Schiffer-Mapdeburg (nfr.) begründet den von ihm eingebrachten Initiativantrag über die Aufhebung der Kriegseroberordnungen. Es sollen Stellen geschaffen werden, die zur Auslösung der Kriegseroberordnungen zuständig sind, denn Leute, die auf diesem Gebiete durch die beschriebene Auslösung der Oberer die größte Unruhe verursacht haben. Der Antrag wird ohne Debatte an eine besondere Kommission verwiesen.  
Hierauf wird die Diskussion fortgesetzt über das von der Budgetkommission vorgelegte

**Gesetz, betreffend die Schuchhaft.**

Abg. Waldheim (nfr.): Mit der Heberweisung des Antrages an eine Kommission hat mir einmündlich, freilich nicht durch den Wortlaut des vorgelegten Entwurfs eine Einschränkung der Mündlichkeit, die Schuchhaft zu verhindern, nicht erreicht. Es müßte bestimmt angesetzt werden, aus welchen Gründen allein die Schuchhaft verhängt werden darf. Sehr notwendig wäre auch eine genaue Abgrenzung der Fälle, in denen eine Aufenthaltbeschränkung angeordnet werden darf, die ja einer Verhaftung ziemlich nahe kommt. Es muß uns auch Ausnahmefälle vorbehalten, wie viele Leute in Schuchhaft genommen sind. Es wird sich dann zeigen, daß im Auslande die Verhältnisse in dieser Beziehung noch viel schlimmer sind als in Deutschland.

Abg. Wieser (nfr.): Der gegenwärtige Zustand, bei dem die Militärbehörden durch die Beschränkung bei der Verhängung der Schuchhaft unterliegen, ist ganz unbillig. (Sehr richtig!) Man hat in Schuchhaft Genommenen den Besuch des aus dem Felde kommenden Sohnes, die Teilnahme an der Beerdigung der verstorbenen Frau unterlag. (Dort, dort!) Es gehört juristisch die Pflicht dazu, um solche Fälle erteilt zu werden. In dem Bereiche des lästigen Ausländers ist durch die Schuchhaft der Begriff des „lästigen Ausländers“ getreten. Der vorliegende Antrag soll wenigstens die schwersten Auswüchse der Schuchhaft mildern. Wir haben uns darauf beschränkt im Interesse des schleimigen Zustandbekommens des Gesetzes. Ein solches ist notwendig und nicht eine Kriegsministerielle Anstufung, auf die wir keinen Einfluß haben. (Beifall.)

Abg. Dr. Noeise (nfr.): Wir halten die Schuchhaft während des Krieges nicht für entbehrlich, erkennen aber auch an, daß gewisse Garantien für ihre Anwendung geschaffen werden müssen.

**Abg. Dittmann (Soz. Arb.):**

Der Tendenz des Antrages stehen wir sympathisch gegenüber und wollen in der Kommission an der Ausgestaltung des Entwurfs mitarbeiten. Aber betont muß noch werden, daß

**der volla ungesetzlichen Schuchhaft**

durch ihn der Charakter einer rassistischen Institution gegeben wird; es wird durch die Belagerung sanktioniert. Deshalb sollten die unserer Ansetzung Folge geben die Belagerungszustände aufzuheben und damit die Schuchhaft überflüssig zu machen. Die Handhabung der Schuchhaft sollte Sie dazu betrauen, wenn Sie wird

aus politischen Gründen verhängt.

Es ist ein politisches Kampfmittel gegen oppositionelle Parteien und Personen. (Sehr richtig!) b. Soz. Arbeitern.) Eine wahre Schredenserschaffung wird mit ihrer Hilfe ausgedrückt. Demagogien und Spitzel verhalten sich hinter der Maske von Patrioten, jede Reichswehrigkeit, jeder Reichsstand wird geradezu aufgesucht. So harmlos der Ausdruck „Schuchhaft“ klingt, so

viel Gemeinheit und Niedertracht deckt er.

Car manchem demüht die Gelegenheiten, am persönlichen Feinde bei den Verbunden zu denunzieren, die Gemeinheit und Niedertracht feiern wahre Orgien. (Beifall!) Dr. Waldheim: Die Behandlung der Angehörigen dieses Auslands ist eine ganz unbillige. Eine dem Feind gegenüber in einer benachteiligten Lage, wenn er wird nach einem geordneten Verfahren beurteilt. Wer aber in Schuchhaft sitzt, wird der Verweisung preisgegeben, er ist geradezu lebenslang begnadet.

der volla ungesetzlichen Schuchhaft durch ihn der Charakter einer rassistischen Institution gegeben wird; es wird durch die Belagerung sanktioniert. Deshalb sollten die unserer Ansetzung Folge geben die Belagerungszustände aufzuheben und damit die Schuchhaft überflüssig zu machen. Die Handhabung der Schuchhaft sollte Sie dazu betrauen, wenn Sie wird aus politischen Gründen verhängt. Es ist ein politisches Kampfmittel gegen oppositionelle Parteien und Personen. (Sehr richtig!) b. Soz. Arbeitern.) Eine wahre Schredenserschaffung wird mit ihrer Hilfe ausgedrückt. Demagogien und Spitzel verhalten sich hinter der Maske von Patrioten, jede Reichswehrigkeit, jeder Reichsstand wird geradezu aufgesucht. So harmlos der Ausdruck „Schuchhaft“ klingt, so viel Gemeinheit und Niedertracht deckt er. Car manchem demüht die Gelegenheiten, am persönlichen Feinde bei den Verbunden zu denunzieren, die Gemeinheit und Niedertracht feiern wahre Orgien. (Beifall!) Dr. Waldheim: Die Behandlung der Angehörigen dieses Auslands ist eine ganz unbillige. Eine dem Feind gegenüber in einer benachteiligten Lage, wenn er wird nach einem geordneten Verfahren beurteilt. Wer aber in Schuchhaft sitzt, wird der Verweisung preisgegeben, er ist geradezu lebenslang begnadet.

Zu dem Falle Waldheim möchte der Staatssekretär Helfferich in der Kommission ganz naiv, es ist besser, daß Wehring in Schuchhaft sitzt, als daß er sich in der Freiheit befindet, auch noch Strafbefehl besetzt, wofür er dann bestraft wird. Nach dieser Logik sperrt man am besten alle Leute ein. (Abg. Seebeur: Auch die Staatssekretäre!) Wehring befindet sich

Diese Ausführungen zeigen, daß auch auf dem rechten Flügel der Partei die Erkenntnis markiert. Aber zum Heben von Konsequenzen in der praktischen Stellungnahme reicht sie noch nicht aus. Trotzdem bedeutet die Korrespondenz an, daß alle bürgerlichen Parteien nicht die Aufhebung des Belagerungszustandes, sondern nur seine „Reform“ wollten.



das hier vorgetragen, weil Sie keine Kenntnis von diesen Dingen hatten, denn

die Zensur liegt nicht zu, daß in der Presse etwas davon mitgeteilt wurde.

Nur weil die frühe Zeit der Öffentlichkeit fehlt, konnten sich diese Dinge entwickeln. Unendlich viel ist über die Zensur geurteilt worden, jeder hat seine Meinung geäußert. Der Fall des mehr als 70jährigen Mannes, der an der Zensur gestorben ist, hat aber nachher noch für Fälle erlebt. Professor Luidde, ein fortgeschrittener Abgeordneter, hat den Befehl erhalten, Berlin binnen 24 Stunden zu verlassen! (Lach. Sehr höflich.) Ich will nicht mehrere Fälle anführen: es handelt sich meistens nur um Leute aus dem Arbeiterstand, auch sind in letzterem die hohen Diplome hinein und Männer monatlich eingekerkert worden, die das Deutsche Reich im Auslande vertreten haben. Der Staatssekretär sagt, es seien nur einzelne Fälle vorgetragen worden. Das muß geschehen, weil alle, was in der Kommission und in den persönlichen Auseinandersetzungen vorgetragen worden ist, nicht genannt hat. (Lach. Sehr wohl!) Da muß schließlich Kenntnis gegeben werden, was mit allen in gleicher Weise verurteilt ist. (Lach. Ja.) Was er der Artigkeit notwendig ist, wurde vom Anfang an vom ganzen Hause konzediert. In Bezug auf militärische Maßnahmen muß die Zensur herrschen, aber was darüber hinausgeht, ist von Unheil. Der Belagerungsstand ist nicht geradezu ein Unheil für das Reich.

Und in wie heimlicher Weise schänkt man die in Schußhaft Genommenen während des Krieges von 1870 nahm man Leute, die man für gefährlich hielt, auch in Haft, aber in Achtung, in das, was man eine Gewohnheit nennt. Das haben also einen Mißgriff nicht minder Art zu verzeichnen. Die aus Elßas-Lothringen vorgetragene Affäre und gewisse sehr schlimme, aber noch viel schlimmer ist die Art und Weise, wie dort unser Militär in Bezug auf die Sprache der Leute, die kein Deutsch kennen, zum Teil vorgegangen ist. Wer ich wollen wir nicht sein auf unzufrieden, auf das deutsche Volk und auf die Achtung des deutschen Volkes, was man eine Gewohnheit nennt. Die deutsche Staatsmacht haben wir nicht die geringste Veranlassung, (Lach. Sehr richtig!) Die deutschen Truppen täuschen nicht für die Aufrechterhaltung der Zustände vor dem Krieg und noch weniger für die Aufrechterhaltung der Zustände, die wir jetzt erleben. Sie tämpfen für das, was er den Deutschen, das was man eine Gewohnheit nennt. (Lach. Sehr richtig!) Die Affäre, die man eine Gewohnheit nennt, ist nicht richtig! b. d. So.) Da muß man eben verlangen, daß der Boden berührt wird, auf dem sie möglich geworden sind, da muß man also rufen: Fort mit dem Belagerungsstand! (Lach. Sehr richtig! b. d. So.) Wenn sie ein Volk ist, das hat die Freiheit und Vertrauen verdient, so ist es das deutsche, das in diesen zwei Jahren das Menschliche geleistet hat. Ein solches Volk verdient nicht die Behandlung, die es jetzt erlebt. Deshalb noch einmal: fort mit dem Belagerungsstand. Die Vorhänge, Normen zu schaffen, sind nur Mittel. Nur mit der Beseitigung des Belagerungsstandes werden alle diese Dinge unmöglich gemacht, die wir haben hören müssen. Doch eine solche Strafe wie die heutige, und wir mühten uns vor der Zeit der Zustände in Deutschland zu setzen. Das wollen wir nicht, wir wollen nicht, daß die Zustände, die wir uns anschauen müssen, sondern wir wollen, daß die Zustände entstehen, auf die wir alle stolz sein können. (Lach. Weisheit.)

**Abg. Dr. Müller-Weinigen (Sp.):**

Die heutigen Verhandlungen haben gezeigt, wie unklar die Bar der gegenwärtige Zustand ist. Eine Reform des Gesetzes über den Belagerungsstand von 67 und auf ist nötig. Angesichts der langen Kriegsdauer dürfen solche unbilligen, unbegründeten, ja rein willkürlichen Zustände nicht aufrecht erhalten werden. (Lach. Ja.) Die Veränderung der jetzigen Rechtszustände muß alsbald folgen. Der heutige Zustand ist tatsächlich zu einer

**Gemeinsamförsicht für die deutsche Sache**

geworden. Die Pflichtung in bürgerliche Angelegenheiten und geradezu unbefriedigt und laienlich nur durch ein Frankfurter Mandat erklärbar. (Lach. Sehr wahr!) Wir haben nicht einen Diktator, sondern nur eine Reihe von Diktatoren, die zwischen einander arbeiten. Das in Wien, London und Rom ähnliche Zustände bestehen, ist für uns nur ein schmerzlicher Trost. Der heutige Zustand muß beendet werden, je eher desto besser. In der Regierung zu geben Sie dem Volke mehr Freiheit, und Sie werden im Volke mehr Vertrauen erwerben. (Lach. Weisheit links u. i. Zent.)

**Abg. Senda (Votl):**

Die Enttarnung des Hauses ist eine Steigerung nicht mehr fähig. Deshalb will ich einzelne Fälle nicht mehr anführen, obwohl gerade die politische Bevölkerung unter der Schuchthalt besonders zu leiden hat. Notwendig ist nicht morgen, sondern heute und sofort die Aufhebung des Belagerungsstandes. Sollte das nicht möglich sein, so muß mindestens der schimmlichen Mißbräuden durch eine gesetzliche Regelung der Schußhaft ein Riegel vorgelegt werden. (Weisheit links u. i. Zent.)

**Abg. v. Briesberg:**

Die Situation besonders im Reichsland erfordert ein Interesse der Sicherheit des Landes ein schärfes Vorgehen. Es ist möglich, daß zuweilen da oben eine heuchlerische, doch ist die Veresverwaltung gegen Fehler stets mit allem Nachdruck vorgegangen.

**Abg. Dittmann (Sag. Arbeitergen.):**

Je länger der Krieg dauert, um so schlimmer ist es geworden. Ein schnelles Einsetzen ist auch auf Grund der bestehenden Gefahr möglich, zumal wir noch kein Kriegsgewinn durch das Spionagegesetz erfahren haben. Ich würde mich sehr freuen, wenn es nicht wahr wäre, daß es für das deutsche nationale Aufstehen einsetzt. Aber er hat tatsächlich in der Kommission gefaßt, es ist besser, es kommt einer in Schußhaft, als er bleibt in Freiheit und begehrt etwas, worin er schmerz bestraft wird. Nicht alle Fälle konnte ich in der Kommission vorbringen, weil ich das Material noch nicht hatte. Aber die Anwesenheit der beiden Mädchen und den Fall Klumpke habe ich in der Kommission vorgebracht, sie wurden aber nicht erachtet. Ich habe auch in der Kommission ausdrücklich erklärt,

ich würde im Plenum aus einem Briefe eines der beiden Mädchen Stellen verleiher, die über das Zusammenleben mit Prostituierten und die Wirkung dieses Zusammenlebens Aufschluß geben. Die Regierung hätte die Affäre also herbeizuführen können, in unbilligen Fällen ist man im Interesse der Betroffenen der Zivilbehörden und militärischen Stellen vorzuziehen. Das Resultat war fast immer ein Schluß und die Erklärung: Wir können nichts machen.

**die Generalfassmanns sind überzogen**

Deshalb habe ich diese Dinge heute zur Sprache gebracht. Ich wollte Veränderung und Besserung erzielen, und das kann nur dadurch geschehen, daß das ganze System rückwärts und öffentlich an den Pranger gestellt wird. (Lach. Weisheit bei den So.)

**Staatssekretär Dr. Helfferich:**

Ich habe keinen Zweifel daran gefaßt, daß wenn die von den Abg. Dittmann und Senda vorgebrachten Fälle wirklich so liegen, sie auch von der Reichsleitung und von den militärischen Anstalten aus scharfge mißbilligt werden. (Zuruf bei den So.) Das genügt nicht! Diese Beurteilung und Verbilligung ist selbstverständlich nicht theoretisch. Aber ich verurteile keinen Beamten, der ich ihn gehört habe. Wo die Beurteilung liegt, beizugehen auch wir sie. Wir sind bemüht, auf alle Weise mit Ihnen zu arbeiten. Das Tadeln des Antrages ist uns immpassibel und wir hatten auf diesem Wege eine Reihe von zu erreichen. Aber hätten Sie das nicht mit dem Tadel aus. Während des Krieges steht das Vaterland höher als das Recht des Einzelnen. Deshalb kann ich mit einer Abschaffung des Belagerungsstandes während des Krieges nicht denken, aber wir wollen versuchen, ihn zu verbessern. Ich bin auch das Recht des Einzelnen im Interesse irgend denbar damit verträglich gemacht wird. (Zuruf bei den So.) Ober v. Briesberg: Von den Militärbehörden werden die ihnen vorgelegten Fälle stets genau geprüft und entsprechendfalls tritt auch Besserung ein. Damit schließt die Diskussion. Der Entwurf zur rechtlichen Regelung der Schußhaft wird einem besonderen Ausschuss von 21 Mitgliedern übergeben.

Nach beschlossener Erleuchtung einer Reihe von Petitionen verlas ich das Haus am Montag 3 Uhr. (Zensur und Belagerungsstand.) — Schluß 7 Uhr.

**Aus der Partei.**

**Der Kampf um den Vorwärts.**

Generalversammlung des Verbandes der Groß-Berliner Wahlvereine. Die Berliner Wahlvereine nahmen am Sonntag in einer Delegiertenversammlung Stellung zu dem Vorwärts-Konflikt. Genosse Adolf Hoffmann referierte über die Berliner Vorgänge der letzten Zeit und übte besonders scharfe Kritik an dem Verhalten des Vorwärtsschreibers, der Vorwärts-Schreiber. Er teilte auch mit, daß durch die bisherige Haltung der jetzigen Zentralvorstand der Wahlvereine Groß-Berlins von früheren Vorständen der Gesellschaft einfordern müßte. Durch das jetzige Vorgehen des Vorwärtsschreibers in der Vorwärts-Angelegenheit solle lediglich die Opposition in Berlin entstehen. Die Schlußfolgerung der Referatoren war, daß dem letzten Verbot des Vorwärts dem Generalfassmann mehr geboten und mehr gegeben, als die Zensurbehörde des Oberfassmanns geordnet habe. Diese sollte nur Garantien haben dafür, daß die Zensur vor sich zu gehen im Vorwärts fernhin kritische eingeleitet werden, der Vorwärtsschreiber aber habe die Verantwortung zu übernehmen, die Zensur vor sich zu gehen. Die Referatoren nahmen die Beschlüsse des Verbandes an, daß der Vorstand nicht durch Verhandlungen mit den Berliner Instanzen erreichen konnte, habe er durch die Beschlüsse der Instanzen erreicht, der eine Schmach für die gesamte Parteigeschichte ist. Aus Gründen der Gerechtigkeit sei der Geschäftsführer des Vorwärts (Richard Fischer) auch zum Zentralvorstand ernannt worden. Die Ausübung der Zensur des Vorwärtsschreibers Parteivorstandes müsse zu unterliegen; für allen finanziellen Schaden, der aus seiner Verleumdung entstehe, werde er (Fischer) verantwortlich gemacht. Nebi sei der Vorwärtsschreiber inhaft auf das Niveau der Zensur vor sich zu gehen, die Berliner Arbeiter hätten daher die Pflicht, dafür zu sorgen, daß der Parteivorstand wieder in ihrem Sinne regiert wird. Der Zentralvorstand empfehle daher die Annahme und Durchführung folgenden Antrages:

„Der Parteivorstand durch sein Vorgehen, weit über die Anforderungen der Militärbehörden hinausgehend, die Hand auf den Vorwärts, das Eigentum der Berliner Genossen, gelegt und die von den Aufstiegsinstanzen einseitige Redaktion verweigert hat, da er weiter dem Vorwärts eine Haltung, die der politischen Ueberzeugung der überwiegenden Mehrheit der Berliner Genossen widerspricht, forsetzt die Verbands-Generalversammlung den Parteivorstand auf, seine Generalredaktion aufzugeben, Gleichzeitig des nicht, so vertritt die Verbands-Generalversammlung die Berliner Parteigenossen, ab 1. November die Redaktion des Vorwärts-Abonnements solange einzustellen, bis der Parteivorstand sein künftiges Verhalten aufgeben hat und die Groß-Berliner Organisationen wieder zu ihrem Recht auf den Vorwärts gelangen.“

In der demn folgendem lebhaften Diskussion wurden zunächst die vorliegenden Anträge genehmigt. Vertreter von Letzow-Weeslow befürworteten die von der dortigen Kreisversammlung angenommenen Anträge, die besagen: „Solange ein Mitglied des P. in der Redaktion des Vorwärts nicht nur über die Einwirkung der Zensurvorrichtungen, sondern auch den Inhalt des Blattes bestimmt, stellt die jetzige Redaktion ihre Mitarbeit ein. Die Leser des Vorwärts bestehen denselben für die gleiche Zeit ab und erhalten ein anderes Parteiblatt geliefert oder lesen ein anderes Blatt im Postabonnement. Gleichzeitig beauftragt die Verbands-Generalversammlung den Geschäftsführenden Ausschuss, die Beschaffung eines neuen, den politischen Anschauungen der Berliner Arbeiterpartei entsprechenden Organs in die Wege zu leiten.“

Genosse Borzardt begründete den Antrag Letzow-Weeslow, dem gegenwärtigen Parteivorstand seine Beiträge mehr

zu gewähren, weil er das ihm anvertraute Geld zur Befriedigung des Parteipostaments verwendet. Der Parteivorstand habe gegen Treu und Glauben gehandelt; es dürften ihm daher keine Beiträge mehr zu Verfügung gestellt werden. Von einem automatischen Ausstufung bei dieser Parteiparte könne keine Rede sein. Ausstufung seien nach dem Status nur wegen Verstoßes gegen die Grundregeln des Parteipostaments und des Status möglich. Hiergegen habe aber der Parteivorstand schon viele Male verstanden. Durch die Parteipartei treffe man den Parteivorstand an der empfindlichsten Stelle. Genosse Borchardt trat den Ausführungen Borzardts und dem Antrag auf Beitragsperre entgegen. Selbst wenn die Parteipartei durch die Beiträge des Parteivorstandes, die den Parteivorstand durchgehend Geld verliert, und eine zeitliche Suspendierung erziele man durch einen solchen Beschluß auch nicht. Bei aller Sympathie für die Spartacus-Gruppe könne man nur den Antrag auf Beitragsperre als inadaquat anerkennen. Nicht durch Beschluß, sondern durch die Annahme der Parteivorstandes, die den Parteivorstand durchgehend Geld verliert, und eine zeitliche Suspendierung erziele man durch einen solchen Beschluß auch nicht. Bei aller Sympathie für die Spartacus-Gruppe könne man nur den Antrag auf Beitragsperre als inadaquat anerkennen. Nicht durch Beschluß, sondern durch die Annahme der Parteivorstandes, die den Parteivorstand durchgehend Geld verliert, und eine zeitliche Suspendierung erziele man durch einen solchen Beschluß auch nicht.

Genosse Borchardt: Der Antrag des Zentralvorstandes ist nur eine Schenkelaktion. Er bedeutet eine Schenkelaktion und die Partei, durch die sich die Berliner Genossen im Reich nur äußerlich machen. Genosse Baake weist demgegenüber darauf hin, daß es nicht auf die Resolution als solche, sondern mehr auf die Handlungen ankommt, die jetzt von den Berliner Genossen ausgeht. Er ist weit mehr ausführlich auseinandergesetzt, daß der Parteivorstand nicht die Pflicht hat, in der Parteivorstandes-Angelegenheit zu verfahren, mit der es jetzt der Parteivorstandes trage daher auch die Schuld, wenn das Vorwärts-Unternehmen ausginge. Neben empfahl die Annahme des Zentralvorstandes Antrages auf Verweigerung der Abonnementzahlung, und wendet sich entschieden gegen eine Beitragsperre. Er empfiehlt die Annahme eines Antrages auf Schaffung eines Aktionsausschusses, welchem die Partei erteilt wird, alle Maßnahmen zu treffen, durch welche den Wünschen der Berliner Parteigenossen Geltung verschafft wird.

Genosse Ledebour begründete dann noch einen von ihm und Adolf Hoffmann gestellten Antrag, dem das Vorgehen des Parteivorstandes als ein Bruch des Parteipostaments und als eine parteiabhängige Handlung bezeichnet wird. Es solle deshalb an die Parteigenossen im ganzen Reich die dringende Aufforderung gerichtet werden, rechtzeitig dafür zu sorgen, daß keinem der Teilnehmer und Abnehmer des Vorwärts-Blattes ein Schaden in Folge der Annahme einer sonstigen Parteieinrichtung übertragen wird.

Es folgten die Abstimmungen. Der Antrag Ledebour wurde einstimmig angenommen. Der Antrag auf Beitragsperre wurde mit 38 Stimmen abgelehnt; dafür stimmten 65 Vertreter. Für den Antrag auf sofortige Abschaffung des Vorwärts stimmten 106, für die Verweigerung der Abonnementzahlung 212 Vertreter; der letzte Antrag ist demnach angenommen. Der Antrag, die jetzige Vorwärts-Redaktion möge ihre Tätigkeit einstellen, erhielt nur 46 Stimmen. Der Antrag, in welchem der Vorwärts-Redaktion ein Vertrauensvotum ausgesetzt und sie erucht wird, auf ihrem Posten auszuharren, wurde mit 28 Stimmen angenommen. Der Antrag auf Schaffung eines Aktionsausschusses wurde mit allen gegen 2 Stimmen angenommen. Dilem Aktionsausschüsse wurden insbesondere der Antrag Luxemburg (sich mit den Genossen im Reich zwecks Beseitigung des Parteivorstandes in Verbindung zu setzen) mit 21 gegen 60 Stimmen und alle übrigen vorliegenden Anträge überwiegen. Der Ausschuss setzt sich aus je einem Delegierten der Wahlkreise zusammen.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Anwesend waren 388 Vertreter und ein Mitglied des Parteivorstandes und der Vorwärts-Redaktion.

Die Verbandsversammlung war polizeilich überwacht.

So haben denn die Berliner Genossen den Kampf gegen die Parteivorstandesdiffamierung aufgenommen. Sie haben anerkennend eine sehr glückliche Entscheidung getroffen, die das falsche Mittel der Beitragsperre und des Vorwärts-Boykotts umgeht, jedoch dem Parteivorstande den ganzen Ernst der Dinge vor Augen führt und ihm am empfindlichsten Punkte trifft. Die organisierten Genossen bleiben Zeter des Vorwärts, doch der Parteivorstand hat die Zensur vor sich zu gehen, bis der Parteivorstand seine Diktatur über die politische Richtung des Vorwärts aufrechterhält. So wird die Entscheidung des Konflikts sehr richtig dem Parteivorstande zugewiesen. Er wird nachgeben haben und den Diktator Hermann Müller anweisen, sich auf die Grundlage der Einleitung der Zensur vor sich zu gehen zu beschränken und seine Gewalt über die politische und parteipolitische Haltung aufzugeben. Das wird der Parteivorstand zu befehlen haben — denn wir können uns nicht denken, daß er jetzt noch weiterditiert und etwa den Profekt der Berliner Genossen dadurch „erleiden“ wolle, alle Berliner Parteimitglieder, die der Verbandsversammlung als Kandidat für die Einleitung des Parteipostaments vorgeworfen, einfach aus den Abonnementlisten zu streichen. Ein weiteres Festhalten an der Diktatur würde dann zum Verbrechen an der Parteidemokratie, an der Einheit der Partei, an Treu und Glauben und jeder notwendigen Arbeit. Darum dürfen wir nicht zögern, sondern, deren elementare Parteirechte hier zunächst berührt werden, deren erwarten, daß der Parteivorstand durch Zurückziehung auf den Organisationsstand den Konflikt aus der Welt schafft.

**Politische Uebersicht.**

**Neuer Kriegsminister.**

Großes Hauptquartier, 20. Oktober. Der Kaiser hat den Kriegsminister Generalleutnant Bild v. Söbrenborn mit der Führung des 14. Armeekorps im Westen beauftragt und den Führer des 14. Armeekorps Generalleutnant von Stein zum kommand. preuß. Kriegs- und Eisenminister ernannt. Diese Veränderung ist durch die Notwendigkeit ver-

2651 Man findet grösste Auswahl und wird gut bedient bei

**Kostüme Kleider**  
**Mäntel Blusen**  
**Paletots Röcke**

Spezialität: Seidenplüsch- und Samit-Konfektion.





